

Staatsrat vom 8. 7. 1933 (GS. S. 241) der Preußische Staatsrat gebildet worden. Mitglieder des Staatsrates sind neben den Ministern und den Staatssekretären bewährte Führer der nationalsozialistischen Bewegung und um Staat und Volk sonst verdiente Männer, darunter Vertreter der Kirchen, von Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Kunst. ...

Der neuen Ordnung der Verwaltung in der Provinz im nationalsozialistischen Sinne ist durch das Gesetz über den Provinzialrat vom 17. 7. 1933 (GS. S. 254) Rechnung getragen. In ihm ist dem Oberpräsidenten als dem Führer der Provinz ein beratendes Organ beigegeben, das sich neben den leitenden Beamten der Provinz aus um die nationalsozialistische Bewegung oder um die Provinz verdienten Männern zusammensetzt. Bei der Auswahl der Mitglieder des Provinzialrates wird die Tatsache, daß der Oberpräsident nunmehr auch Chef der provinziellen Selbstverwaltung ist, besonders dadurch berücksichtigt, daß in der Selbstverwaltung erfahrene Persönlichkeiten in den Provinzialrat berufen werden müssen ...

Naturngemäß ist mit diesen Maßnahmen die Reform des preußischen Verfassungslebens nicht abgeschlossen. Der Nationalsozialismus hat es aber immer abgelehnt, ohne Rücksicht auf eine organische Entwicklung seine Programmpunkte theoretisch auf einmal durchzuführen, sondern er hat es als richtig erkannt, die gesetzgeberische Verwirklichung seiner Ideen je nach dem auftretenden Bedürfnis allmählich zu betreiben. Diese Einstellung gibt die Gewähr dafür, daß die Gesetze Hand in Hand mit der politischen Entwicklung gehen und daß die Überzeugung von der Notwendigkeit der gesetzgeberischen Maßnahmen Allgemeingut des ganzen Volkes ist ...

Auch auf dem Gebiete der Gemeindeverfassung und -Verwaltung ist den Anforderungen der neuen Zeit Rechnung getragen worden."

#### D

#### Die Teilnahme des Angeklagten an der Kennzeichnung, Verfolgung und Ausrottung der jüdischen Bürger in Deutschland und in den von den Faschisten zeitweilig besetzten Gebieten

Der Antisemitismus ist von den herrschenden Klassen im deutschen Volke seit Jahrhunderten bewußt zur Ablenkung von den wirklichen Urhebern der Nöte der unterdrückten Volksschichten ausgenutzt worden. Die falschen Vorstellungen, die den unwissenden Menschen von Generation zu Generation von der geschichtlichen Rolle, den religiösen Bräuchen und sonstigen Lebensgewohnheiten des jüdischen Volkes vermittelt wurden, ermöglichten es immer wieder, bei der Zuspitzung der durch die Ausbeuterklassen hervorgerufenen gesellschaftlichen Mißstände den Zorn der verelendeten Massen gegen die Juden zu lenken. So kam es in der Vergangenheit oft zu Pogromen, bei denen Tausende jüdischer Menschen getötet, ihre Wohn- und Arbeitsstätten geplündert und gebrandschatzt wurden.

Die bürgerlichen Revolutionen überwandten in den meisten europäischen Ländern den Antisemitismus und brachten den Juden die rechtliche und soziale Gleichstellung. Die verspätete und unvollendet gebliebene bürgerliche Revolution in Deutschland beschränkte die jüdische Emanzipation auf die Gleichstellung der Juden vor dem Gesetz. Im deutschen Volksdenken wurde der Antisemitismus jedoch erhalten. Sein Wesen veränderte sich lediglich insofern, als die vorwiegend religiöse Ursache des Antisemitismus im Mittelalter zugunsten des Vorwandes des antagonistischen Völker- und Rassen Gegensatzes zurücktrat. Am stärksten veränderte sich die Funktion des Antisemitismus mit der Anmeldung des Anspruches auf Weltherrschaft durch den aggressiven junkerlich-bourgeois deutschen Imperialismus, dem der „Rassismus“ die Rechtfertigung für die imperialistische Aggression und die Unterdrückung fremder Völker gab.

Die Propagandisten des „Alldeutschen Verbandes“ brachten vor dem ersten Weltkrieg die Losung auf, die Deutschen seien ein „Volk ohne Raum“; deshalb habe ihnen das Schicksal die schwachbesiedelten Gebiete Osteuropas zugeordnet; die „völkische Hochzucht“ des deutschen Volkes berufe es, über „Völker niederer Rasse“ zu herrschen.

Houston Stewart Chamberlain entwickelte in seinem Buch „Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts“ eine „Geschichtsphilosophie“, nach der die Menschheit fast alle bedeutenden Kulturschöpfungen den „Ariern“ (Indogermanen) und unter diesen hauptsächlich den Germanen verdanke. Diese Ideen übten auf die deutschen Chauvinisten von Wilhelm II. bis zu Hitler starken Einfluß aus.

Ein weiterer „Rassentheoretiker“, Otto Ammon, versuchte statistisch nachzuweisen, daß der Anteil der germanischen Rasse unter den Angehörigen der „höheren Stände“ besser erhalten sei als in den niederen Schichten, womit die Herrschaft der ersteren infolge ihrer besseren Blutzusammensetzung notwendig sei.

Politische Abenteurer wie Hitler und seine engsten Gefolgsmänner erkannten schon bald nach dem verlorenen ersten Weltkrieg, daß dessen Ausgang die deutschen Imperialisten nicht von ihrer Zielsetzung nach Erlangung der Weltherrschaft abgebracht hatte. Sie stellten sich in den Dienst des deutschen Imperialismus.

Im Jahre 1919 wurde die NSDAP gegründet. Sie stellte sich als Ziel eine antikommunistische Massenbewegung. Unter Ausnutzung der Unwissenheit breiter Bevölkerungsschichten wurde der Friedensvertrag von Versailles, der Sieg der Bolschewiki über den Zarismus in Rußland und das internationale Judentum in einen Zusammenhang gebracht.

Nicht in dem volksfeindlichen Imperialismus, sondern in den Juden sollte das deutsche Volk seinen Feind sehen. Immer wieder betonten in der Folgezeit die faschistischen Führer, daß der Antisemitismus ihre Hauptwaffe sei.

Hitler sagte, wenn es keinen Juden gäbe, so müsse man ihn ausdenken. Man müsse einen sichtbaren Feind haben und nicht nur einen unsichtbaren. Und Robert Ley erklärte in der Zeitung „Der Angriff“ am 15. Mai 1944:

„Die zweite deutsche Geheimwaffe ist der Antisemitismus, weil er, wenn er von Deutschland konsequent durchgehalten wird, eine Weltfrage werden wird, mit der sich alle Völker werden auseinandersetzen müssen.“

Die antisemitischen Gedanken und Forderungen, die der Führer des „Alldeutschen Verbandes“, Justizrat Claß, unter dem Pseudonym Daniel Frymann vor dem ersten Weltkrieg in seinem Buch „Wenn ich der Kaiser wär“ — Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten“ niedergelegt hatte, fanden im Prinzip Aufnahme in das am 25. Februar 1920 im Hofbräuhaus-Festsaal in München verkündete Programm der NSDAP.

Darin heißt es:

„(4) Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

(5) Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden-gesetzgebung stehen.

(6) Das Recht, über Führung der Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob in Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.

(8) Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen,